

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

schwache Aktienbörsen und freundliche Rentenmärkte prägten die letzte Handelswoche vor Weihnachten.

Die US-Notenbank Fed hat für heftige Bewegungen an den Märkten gesorgt. Die Zinsanhebung wurde zwar erwartet, das anschließende Statement von Fed-Chef Powell zur künftigen Zinspolitik hat jedoch einige Fragen unter den Marktakteuren aufgeworfen. Die Aktienmärkte verloren deutlich.

Staatsanleihen profitierten hingegen von der Risikoscheu der Anleger kurz vor dem Jahresende. Die Renditen von Bundesanleihen und US-Schatzanweisungen gaben nach. Auch der italienische Markt tendierte freundlich, nachdem das Defizitverfahren durch die EU nun beigelegt werden konnte.

Viel Spaß beim Lesen und frohe Weihnachten wünscht

Ihr Portfoliomanagement

Union Investment Privatkunden



Marktticker



Inhaltsverzeichnis

Aktien:

- Sorgen um Weltwirtschaft belasten Aktienmärkte weiterhin
- US-Unternehmen berichten Quartalszahlen
- Deutsche Bank Aktie fällt auf Allzeittief

Renten:

- Fed bleibt auf Zinsanhebungskurs - vorerst
- Zentralbanken-Put passé
- Staatsanleihen gesucht - Renditen fallen weiter

Ausblick:

- Einkaufsmanagerindex aus China
- US-Arbeitsmarktdaten
- Verbraucherpreise im Euroraum

Kursveränderungen

Marktindikator	Stand	Wertentwicklung	
	am 21.12.2018 ca. 16:00	seit 14.12.2018	seit 29.12.2017
Dow Jones	23.096	-4,2%	-6,6%
EURO STOXX 50	2.986	-3,5%	-14,8%
Dax 30	10.595	-2,5%	-18,0%
Nikkei 225	20.166	-5,7%	-11,4%
MSCI Emerging Markets	53.168	-1,7%	-12,7%
Euro-Leitzins	0,00%	0 BP	0 BP
Rendite 10-jähriger Bundesanleihe	0,25%	0 BP	-18 BP
Iboxx Euro Sovereign	235,46	0,4%	1,1%
Spread EMU Unternehmen- zu EMU-Staatsanleihen	100	2 BP	56 BP
US-Leitzins	2,50%	25 BP	100 BP
Rendite 10-jähriger US-Treasury-Bonds	2,80%	-9 BP	39 BP
Euro-Wechselkurs in USD	1,14	0,9%	-5,0%
Ölpreis (WTI) in USD/Barrel	45,72	-10,7%	-24,3%

Aktien

Sorgen um Weltwirtschaft belasten Aktienmärkte weiterhin

Nachdem an den globalen Aktienmärkten bereits die Vorwoche von Verlusten geprägt war, konnten auch in der vergangenen Handelswoche keine Gewinne verzeichnet werden. Deutsche Standardwerte gaben spürbar nach. Der DAX fiel zwischenzeitlich auf ein Zweijahrestief und näherte sich der Marke von 10.500 Punkten. Auch Nebenwerte notierten deutlich leichter.

Negativ wirken sich auf die Märkte aktuell vor allem Sorgen um die sich abschwächende Weltwirtschaft aus. Der US-amerikanische Empire State-Index, der die Geschäftstätigkeit der Industrie im Bundesstaat New York misst und als Frühindikator für die wirtschaftliche Entwicklung der USA gilt, fiel von 23,3 Punkten im November auf 10,9 Punkte und verfehlte damit die Schätzungen der Experten um 9,1 Punkte. Auch der deutsche Ifo-Geschäftsklimaindex, der die gegenwärtige Geschäftstätigkeit deutscher Industrieunternehmen bewertet und Erwartungen für die folgenden sechs Monate repräsentiert, sank im Dezember um ein Prozent auf 101 Punkte - den tiefsten Stand seit mehr als zwei Jahren.

Für schlechte Stimmung an den Märkten sorgt außerdem weiterhin die Unsicherheit über die weiteren Entwicklungen rund um den Brexit. Derzeit bereiten sich Großbritannien und die EU auf einen No-Deal Brexit vor, also auf einen Austritt ohne ein formelles Scheidungsabkommen. Würde dieser Fall tatsächlich eintreten, wäre mit einem starken Anstieg der Unsicherheit zu rechnen. Die Wahrscheinlichkeit einer Rezession für die britische Wirtschaft würde zunehmen. Angesichts dieser Gefahr war der Londoner Aktienmarkt unter besonderem Druck. Während die Bank of England am Donnerstag verkündete, ihren Leitzins unverändert bei 0,75 Prozent zu belassen, belastete die Entscheidung der US-Notenbank Fed, den Leitzins auf 2,25 – 2,5 Prozent zu erhöhen, die Märkte in der zweiten Wochenhälfte zusätzlich. Darüber hinaus sorgte die schwedische Riksbank für eine Überraschung, indem sie ihren Leitzins erstmals seit sieben Jahren von seinem Rekordtief von -0,5 Prozent auf -0,25

Prozent an hob. Eine Stütze für die Aktienmärkte stellt der in der vergangenen Woche erzielte Kompromiss im italienischen Haushaltsstreit dar. Da eine Zustimmung über den Haushaltsfehlbetrag von 2,04 Prozent statt der ursprünglich geplanten 2,4 Prozent erreicht wurde, sieht die EU-Kommission von einem Defizitverfahren ab.

Insgesamt verzeichneten die globalen Aktienmärkte per Freitagmittag auf Basis des MSCI World-Index einen Verlust von 4,1 Prozent. Der amerikanische S&P 500 büßte 6,9 Prozent ein, der Euro STOXX 50 verlor 3,1 Prozent und der japanische Nikkei 225-Index schloss mit einem Minus von 5,7 Prozent. Die Schwellenländer gaben mit -1,2 Prozent vergleichsweise leicht ab.

US-Unternehmen berichten Quartalszahlen

In der vergangenen Woche berichteten US-Unternehmen mit gebrochenem Geschäftsjahr ihre Ergebnisse des zweiten Quartals. Während Software-Konzern Oracle sowie Sportartikelhersteller Nike mit starken Zahlen die Erwartungen der Analysten übertreffen und den Aktienkurs nachbörslich um fast sechs und rund sieben Prozent steigern konnten, bereitet die jüngst gesenkte Jahresprognose von FedEx Sorgen, da Expressdienstleister und Logistikunternehmen als Frühindikator für die Weltkonjunktur gelten. Der Aktienkurs von FedEx war um etwa 10 Prozent gefallen, nachdem eine deutliche Abschwächung des internationalen Geschäfts verkündet wurde. Nicht zuletzt aufgrund dieser Nachrichten gaben Aktien der deutschen Automobilkonzerne Daimler und Volkswagen am heutigen Freitag in einem allerdings auch schwachen Marktumfeld zunächst über zwei Prozent an Wert ab. Die Meldung, dass China die Zölle für die amerikanische Autoindustrie ab 01. Januar 2019 zunächst für 90 Tage aussetzt, sorgte für eine Erholung bei den Autoaktien.

Deutsche Bank Aktie fällt auf Allzeittief

Bei der Deutschen Bank kehrt keine Ruhe ein: Nach dem Verdacht der Geldwäsche tritt das Unternehmen nun als Kronzeuge bei Anleihekartell-Ermittlungen der EU auf. Die Aktie reagierte darauf mit einem Kurssturz von über 7 Prozent auf ein Allzeittief von 6,99 Euro.

Renten

Fed bleibt auf Zinsanhebungskurs – vorerst

Die US-Notenbank Federal Reserve (Fed) hat am Mittwoch auf ihrer letzten Sitzung 2018 wie erwartet die Leitzinsen um weitere 25 Basispunkte angehoben. Die Fed bleibt auch vorerst weiter auf Zinsanhebungskurs, modifizierte ihre Sprachregelung aber in zwei wesentlichen Punkten: Erstens wird in der Begründung nun davon gesprochen, dass noch einige („some“) weitere graduelle Zinsanhebungen für angemessen erachtet werden. Im November wurde diese abmildernde Einschränkung auf „einige“ noch nicht verwendet. Zweitens wird aus dem Statement auch klar, dass der Hauptgrund für diese Einschränkung weniger aus den heimischen Wirtschaftszahlen denn aus der internationalen wirtschaftlichen Entwicklung sowie den Finanzmärkten („financial conditions“) herrührt. Aber beiden wird in nächster Zeit besonderes Augenmerk geschenkt. Die Fed wird also letztlich ihren Kurs stärker an den wirtschaftlichen Daten ausrichten.

Gleichzeitig deutete die US-Notenbank für das Jahr 2019 an, dass die Zinsen langsamer als bisher erwartet steigen. So rechnen die Währungshüter um Präsident Jerome Powell in ihren individuellen Zinsprognosen („Dot Plots“) im Mittel für das kommende Jahr nur noch mit zwei Zinsschritten. Im September hatten sie noch drei Zinserhöhungen für angemessen gehalten. Die Einschätzungen der Fed-Mitglieder sind zuletzt sehr viel homogener geworden.

Die Ausführungen Powells in der Pressekonferenz führten in erster Linie zu einer deutlichen Abwärtsreaktion an den Aktienmärkten. Die Erklärung wurde dahingehend interpretiert, dass die Fed nur dann ihre Zinsanhebungen stoppt, wenn sie mit engeren „Financial Conditions“ konfrontiert wird. Außerdem hat Powells Äußerung bezüglich der Bilanzreduzierung der Fed irritiert. Er äußerte sich dahingehend, dass die Verringerung auf Autopilot bleibe. Das war den Marktteilnehmern letztlich etwas zu aggressiv.

Zentralbanken-Put passé

Die Hoffnung auf einen so genannten „Zentralbanken-Put“, der in den Amtszeiten von Greenspan und Bernanke ein verlässlicher Begleiter des Kapitalmarktgeschehens war, wurde enttäuscht. Das heißt, die Marktakteure waren sich sicher, dass sie in turbulenten Marktphasen von den Notenbanken Hilfestellung erhalten. Immer wenn es an den Finanzmärkten oder in der Wirtschaft zu Turbulenzen kam, haben die Notenbanken schnell gehandelt: Tiefere Zinsen und mehr Liquidität wurden zur Verfügung gestellt beziehungsweise die Währungshüter haben mit ihrer Kommunikation die Märkte beruhigt. Diese Zeiten scheinen passé.

Sichere Staatsanleihen gesucht - Renditen fallen weiter

Die Staatsanleihemärkte reagierten auf die Fed und die - von der US-Notenbank ausgelösten - Verluste an den Aktienmärkten in der Berichtswoche mit Kursgewinnen. Am US-Rentenmarkt fiel die Zehnjahresrendite um 15 Basispunkte bis auf 2,75 Prozent. Die US-Zinskurve tendierte über die langfristigen Fälligkeiten flacher. Der Bereich zwei bis fünf Jahre Laufzeit zeigte sich zuletzt leicht invers.

Am europäischen Staatsanleihemarkt waren ebenfalls durchweg steigende Notierungen zu beobachten. Die Rendite 10-jähriger Bundesanleihen fielen bis auf 22 Basispunkte. Italien war aber der Gewinner der Woche. Der Budgetstreit für 2019 scheint wohl beigelegt. Nach einer Überarbeitung wird das Defizit nunmehr rund 2,0 statt 2,4 Prozent betragen. Das Defizitverfahren der EU ist damit vom Tisch. Der Rentenmarkt begrüßte die Entscheidung mit weiteren Kurszuwachsen, die Zehnjahresrendite italienischer Staatsbonds fiel um 15 Basispunkte auf 2,78 Prozent.

An den Staats- und Unternehmensanleihemärkten der Schwellenländer (EM) stiegen in der Berichtswoche unter anderem aufgrund des rückläufigen Ölpreises und der geringeren Risikoneigung der Anleger die Renditeaufschläge (Spreads) ein wenig an. Dies war, vor allem der geringen Liquidität geschuldet, auch am europäischen Unternehmensanleihemarkt der Fall.

Ausblick

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

wegen der feiertagsbedingten Pause wird unser nächster „MarktTicker“ am Freitag, dem 4. Januar 2019 erscheinen. Folgend erhalten Sie daher einen verlängerten Datenkalender für den Zeitraum 24. Dezember 2018 bis einschließlich Freitag, den 4. Januar 2019.

Marktrelevante Daten kommen dabei aus den USA. Im Blickpunkt steht dort am 4. Januar der Arbeitsmarkt mit den im Dezember neu geschaffenen Stellen außerhalb der Landwirtschaft (non farm payrolls). Der Konsens rechnet bislang mit 183.000 neuen Jobs. Die Beschäftigung würde sich damit weiter auf solidem Niveau bewegen. Gleichzeitig wird der durchschnittliche Stundenlohn bekanntgegeben. Wegen des recht engen Arbeitsmarktes erwartet der Markt einen Anstieg der US-Löhne gegenüber dem Vormonat um 0,3 Prozent. Einen Tag zuvor ist auch der ISM-Einkaufsmanagerindex für das verarbeitende Gewerbe von großem Interesse. Es wird angesichts weltweit sich eintrübender Frühindikatoren mit einem Rückgang gerechnet. Die US-Wirtschaft wird sich vom aktuell abschwächenden Trend nicht abkoppeln können. Mit großem Interesse dürfte jedenfalls die US-Notenbank Fed die Daten zur Kenntnis nehmen. Denn es ist nach der jüngsten US-Notenbanksitzung davon auszugehen, dass die Fed ihre künftige US-Zins- und Geldpolitik nunmehr deutlicher vom Datenkranz abhängig machen wird.

Darüber hinaus ergeben sich in den kommenden Tagen mit den Verbraucherpreisen im Euroraum und dem chinesischen Einkaufsmanagerindex für das verarbeitende Gewerbe zwei weitere wichtige Datenpunkte.

Wir wünschen Ihnen ein frohes Weihnachtsfest und kommen Sie gut ins neue Jahr 2019

Ihr Portfoliomanagement
Union Investment Privatkunden

Termine

Montag, 24.12.18 - Mittwoch 26.12.18	Keine marktrelevanten Daten
Donnerstag, 27.12.18	USA: Verbrauchervertrauen Conference Board (Dez.); Verkäufe von Neubauten (Nov.)
Freitag, 28.12.18	DEU: Verbraucherpreise, vorläufig (Dez.) JPN: Industrieproduktion (Nov.) USA: Schwebende Hausverkäufe (Nov.); Einkaufsmanagerindex Chicago (Dez.)
Montag, 31.12.18	CHN: Einkaufsmanagerindex, verarbeitendes Gewerbe (Dez.)
Donnerstag 3.1.19	EWU: Geldmenge M3; Kreditvergabe (beide Nov.) USA: ADP-Beschäftigungsumfrage (Nov.); ISM-Index (Nov.); Pkw-Absatz (Nov.)
Freitag, 4.1.19	DEU: Einzelhandelsumsätze (Dez.) EWU: Einkaufsmanagerindex (Dienstleistungen, Nov.); Verbraucherpreise, vorläufig (Dez.) USA: Beschäftigte außerhalb der Landwirtschaft (Dez.); Durchschnittlicher Stundenlohn (Nov.)

Disclaimer

Die Inhalte in diesem Dokument wurden von der Union Investment Privatfonds GmbH nach bestem Urteilsvermögen erstellt und herausgegeben. Eigene Darstellungen und Erläuterungen beruhen auf der jeweiligen Einschätzung des Verfassers zum Zeitpunkt ihrer Erstellung, auch im Hinblick auf die gegenwärtige Rechts- und Steuerlage, die sich jederzeit ohne vorherige Ankündigung ändern kann.

Als Grundlage dienen Informationen aus eigenen oder öffentlich zugänglichen Quellen, die für zuverlässig gehalten werden. Für deren Aktualität, Richtigkeit und Vollständigkeit steht der jeweilige Verfasser jedoch nicht ein. Alle Index- bzw. Produktbezeichnungen anderer Unternehmen als Union Investment werden lediglich beispielhaft genannt und können urheber- und markenrechtlich geschützte Produkte und Marken dieser Unternehmen sein.

Alle Inhalte dieses Dokuments dienen ausschließlich Informationszwecken. Sie dürfen daher weder ganz noch teilweise verändert oder zusammengefasst werden. Sie stellen keine individuelle Anlageempfehlung dar und ersetzen weder die individuelle Anlageberatung durch die Bank noch die individuelle, qualifizierte Steuerberatung. Für die Eignung von Empfehlungen zu Fondsanteilen oder Einzeltiteln für bestimmte Kunden oder Kundengruppen übernimmt Union Investment daher keine Haftung.

Dieses Dokument wurde mit Sorgfalt entworfen und hergestellt, dennoch übernimmt Union Investment keine Gewähr für die Aktualität, Richtigkeit und Vollständigkeit. Es wird keinerlei Haftung für Nachteile, die direkt oder indirekt aus der Verteilung, der Verwendung oder Veränderung und Zusammenfassung dieses Dokuments oder seinen Inhalt entstehen, übernommen.

Stand aller Informationen, Darstellungen und Erläuterungen:
21. Dezember 2018, soweit nicht anders angegeben.

Ihre Kontaktmöglichkeiten

Union Investment Service Bank AG
Weißfrauenstraße 7
60311 Frankfurt am Main
Telefon 069 58998-6060
Telefax 069 58998-9000
www.union-investment.de

Impressum

Union Investment Privatfonds GmbH
Investment Office
Weißfrauenstraße 7
60311 Frankfurt